

Der Nordosten Indiens, Teil II

Kommunalistische Konflikte im Bundesstaat Manipur

Aufstandsbewegungen und militante Gruppen, die sich für eine größere Autonomie ihrer jeweiligen Anhänger einsetzen, prägen die politische Szene des indischen Nordostens. Bekannteste Beispiele sind die 'United Liberation Front of Assam' (ULFA), und das 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), die ausgesprochen militant für ein unabhängiges Assam respektive ein unabhängiges Nagaland kämpfen und ihren Forderungen mit zum Teil brutalen Terroranschlägen Nachdruck verleihen. In diesen Bestrebungen nach Unabhängigkeit bekämpfen solche Gruppen oftmals nicht nur den indischen Staat und dessen Vertreter (Armee und Polizei), sondern geraten immer wieder auch in Konflikt mit konkurrierenden Gruppen oder Unabhängigkeitsbewegungen anderer Völker. Brutalität und Grausamkeit übersteigen noch die Terroranschläge der 'Bodo Security Force', die Ende Mai erneut auf sich aufmerksam machte und auf die bereits im ersten Teil dieser Artikelserie eingegangen wurde ('Südasiens', 3/94).

Dazu gehört der schon lange schwelende Konflikt zwischen den Kukis und Nagas, zwei in den Bergregionen Manipurs beheimateten Volksgruppen, der im vergangenen Jahr offen ausbrach und wegen der von beiden Seiten begangenen Greuelthaten immer wieder für Aufsehen sorgte (siehe dazu auch 'Südasiens', 5-6/1993: Kurzinformationen). Während dieser Konflikt allmählich eskalierte, kam es in den Talregionen Manipurs außerdem zu schweren 'kommunalisti-

schen' Unruhen zwischen den moslemischen 'Pangals' und den hinduistischen 'Meitis', die zwar nicht einmal eine Woche andauerten, in diesem kurzen Zeitraum jedoch mehrere hundert Todesopfer forderten.

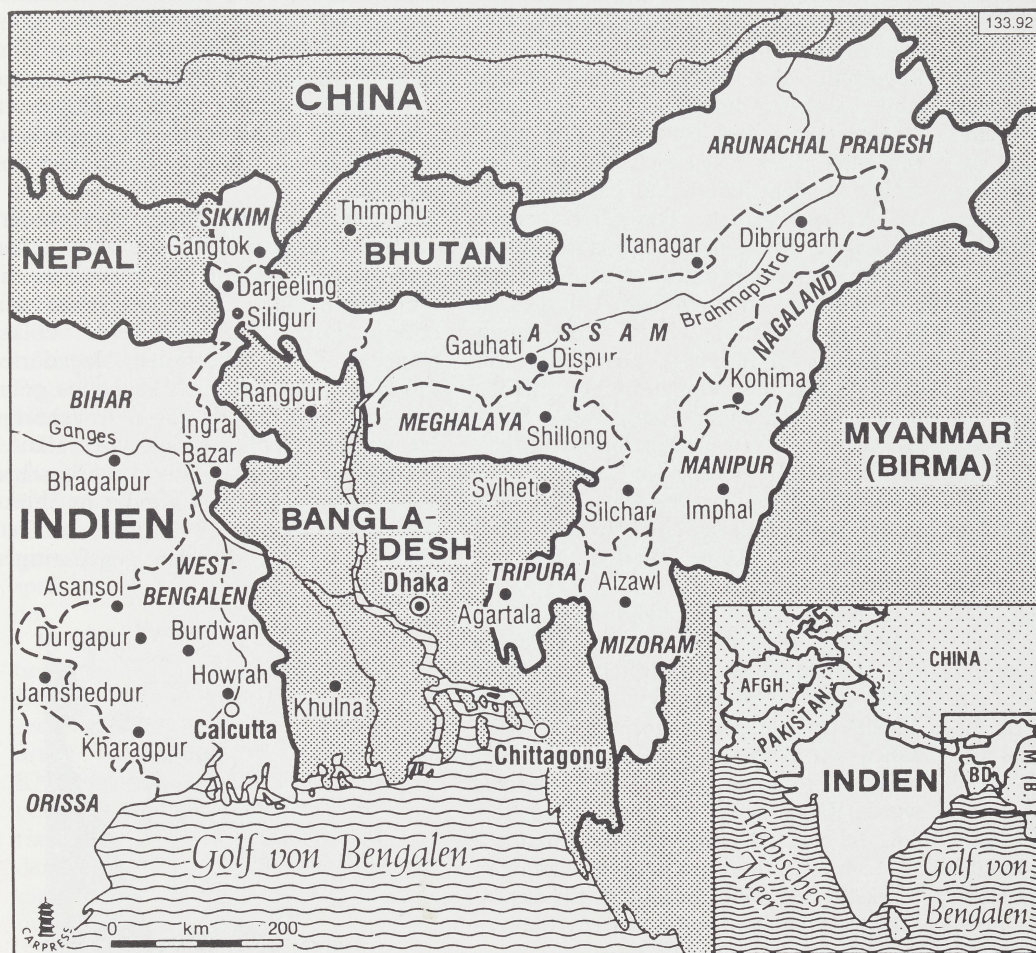
Sowohl bei den Auseinandersetzungen zwischen Kukis und Nagas, als auch bei den Gewalttätigkeiten zwischen Pangals und Meitis wird der Staat beschuldigt, aktiv jeweils eine Seite zu unterstützen oder den Auseinandersetzungen tatenlos

zugesehen zu haben. Aufgrund dieser zweifelhaften Rolle des Staates, die im Falle der Kuki-Naga-Auseinandersetzungen geprägt war von einem Konkurrenzkampf innerhalb der Landesregierung Manipurs, wurde diese schließlich im Dezember vergangenen Jahres von der Zentralregierung in Delhi abgesetzt.

Der 'Kuki-Naga-Konflikt'

Als es 1992 zu den ersten offenen Zusammenstößen zwischen Kukis und Nagas kam, rechnete wohl niemand damit, daß diese sich zu einem regelrechten Krieg zwischen den beiden Volksgruppen ausweiten würden, der allein im vergangenen Jahr über 600 Menschen das Leben kostete. Handelte es sich doch zunächst offenbar nur um Auseinandersetzungen zwischen den verbotenen extremistischen Kampfeinheiten der beiden Volksgruppen bezüglich der Kontrolle eines Abschnittes des 'National Highways 39' im Bereich des Grenzortes Moreh. Militante Extremistengruppen erheben Wegezölle für Waren (zumeist Schmuggelgut aus Burma), die auf dieser Straße transportiert werden. Solche 'Zölle' bilden eine wichtige Einkommensquelle für die verschiedenen extremistischen Gruppen, die in der Region operieren, können doch pro LKW je nach Ladung zwischen 3.000 und 10.000 Rupien an Abgaben erzielt werden.

Wichtigste Schmuggelgüter sind Heroin und elektronische Waren. Aktuelle Schätzungen zufolge werden täglich sechs Kilogramm Heroin über die





Einheit der 'Kuki National Army' in Manipur in der Nähe der burmesischen Grenze (Foto: Bijoy Koijam)

burmesische Grenze nach Moreh geschmuggelt. Die Kontrolle über den betreffenden Straßenabschnitt und damit die (militärische) Vorherrschaft in Moreh und Umgebung ermöglicht den verschiedenen Extremistengruppen an diesem lukrativen Geschäft teilzuhaben und darüber ihre Waffenkäufe zu finanzieren. Nach offiziellen Schätzungen indischer Ermittlungsbehörden beträgt der Wert der täglich über die Grenze geschmuggelten Güter mehrere Millionen Rupien. Andere Quellen nennen sogar eine Summe von 70 Millionen Rupien.

Bisher dominierte in dieser Region eine Splittergruppe des 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), die von den Einwohnern 'Steuern' erhob. Vor etwa zwei Jahren begannen die Kukis der Region mit Hilfe der 'Kuki National Army' (KNA) sich gegen diese Zahlungen zu wehren und damit die dominante Position der NSCN in der Region herauszufordern. Aktivisten der KNA, die für einen unabhängigen Kuki-Staat kämpfen, fielen in Nagadörfer ein und erpreßten von den Bewohnern 'Steuern' als Wiedergutmachung für die Abgaben, die Kukis seit Jahren an die NSCN zahlen mußten.

In einer Flut von Flugblättern, Pressemitteilungen und offenen Briefen verschleiern beide Seiten diese ökonomischen Ursachen für die Auseinandersetzungen und versuchen, die von ihnen begangenen Gewalttätigkeiten zu rechtfertigen. So werden in einer Pressemit-

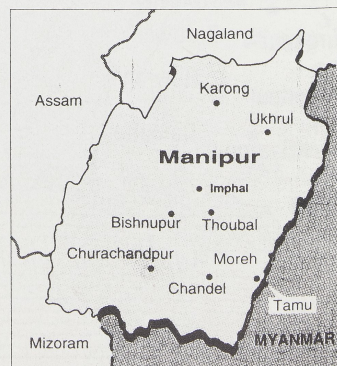
teilung des NSCN die 'Steuern', die seit Jahren von Nagas und Kukis gleichermaßen erhoben werden, mit den Kosten begründet, die der Kampf gegen die 'fremden Herrscher' verursacht: "Die Regierung der 'Volksrepublik Nagaland', vertreten durch das NSCN, erhebt Steuern von jedem Haushalt. Wir glauben, daß jeder Naga sich mit unserem Anliegen identifiziert und das Anliegen des Volkes vertritt. Das Ziel unserer Regierung ist es, den Aggressor, die indische Regierung, mit ihren Streitkräften aus Nagaland zu vertreiben. Um dies zu erreichen, müssen wir die Besetzung Nagalands für Indien so kostspielig wie möglich machen. Von indischen Institutionen werden daher zwangsweise Steuern erhoben. Wir setzen Gewalt gegen die indische Regierung ein, da sie unsere Sprache sonst nicht versteht. Das Volk leistet seine Beiträge jedoch freiwillig. Wir benutzen keine Waffen, um die Steuern einzutreiben."

In einem mit "Nagaland for Christ" betitelten Flugblatt werden den Kukis in einem historischen Rückblick eine Vielzahl von Greuelthaten vorgeworfen: "Doch trotz dieser historischen Fakten haben wir Nagas die Kukis niemals als unsere Erbfeinde angesehen. Niemals wurde Rache geübt für die Grausamkeiten, die Kukis an uns verübten. Stattdessen erhielten sie von den großzügigen Nagas in deren Dörfern Land, für das sie selbstverständlich bereit waren, Steuern zu zahlen."

Die Reaktion der Kukis auf solche

Propaganda folgt prompt. In einem Flugblatt der 'Kuki National Army' heißt es dazu: "Die KNA hegt keinerlei Feindschaft zu den Brüdern und Schwestern in Indien. Doch unter keinen Umständen werden wir Kräfte dulden, die versuchen, uns und unser Anliegen zu diffamieren, in dem sie propagandistische und falsche Behauptungen über uns aufstellen."

Die propagandistischen Auseinandersetzungen eskalierten nach den ersten gegenseitigen Übergriffen schnell zu einem regelrechten Krieg zwischen den extremistischen Einheiten beider Volksgruppen. Kukis überfielen Nagadörfer und Nagas Kukidörfer. Skrupellos grausam ging man jeweils gegen Angehörige der anderen Volksgruppe vor. Häuser wurden in Brand gesteckt, Menschen brutal ermordet, selbst Kinder in Stücke gehackt. Waren es 1992 'nur' ein Dutzend Menschen, die den gegenseitigen



Überfällen zum Opfer fielen, kam es im Verlauf des letzten Jahres zu einer Eskalation der brutalen Angriffe. Im März 1993 waren auf beiden Seiten mindestens 40 Tote zu beklagen, im Oktober hatte diese Zahl schon 600 erreicht. Dabei stehen sich beide Seiten an Grausamkeit in nichts nach. So überfielen Mitte September zum Beispiel Nagas das Kukidorf 'Zoupi', das etwa 100 Kilometer von der Landeshauptstadt Imphal entfernt liegt. Während die Männer des Dorfes auf den Feldern waren, trieben sie die Frauen und Kinder zusammen, erschossen sie und hackten anschließend die Leichen in Stücke. Das grausige Resultat: 97 Tote. Die Rache der Kukis ließ nicht lange auf sich warten und innerhalb von nur zehn Tagen wurden 300 Menschen beider Volksgruppen brutal ermordet.

Ursachen des Konfliktes

Manipur hat bei einer Gesamtfläche von etwa 23.000 Quadratkilometern derzeit eine Einwohnerzahl von knapp 1,4 Millionen (Zensus 1991). Zwei Drittel der Bevölkerung leben in den Distrikten Imphal, Thoubal und Dishnupur des Manipurtals. Hierbei handelt es sich um die vorwiegend hinduistischen Meitis und die moslemischen Pangal-Meitis. In den fünf Gebirgsdistrikten Ukhrul, Senapati, Tamenglong, Churachandpur und Chandel leben etwa 600.000 Menschen, von denen über 560.000 als 'Scheduled Tribes' (Stammesangehörige) registriert sind. Bei diesen handelt es sich vor allem um Angehörige der Naga- und Kukivölker.

Die Feindschaft zwischen diesen beiden christlichen Völkern hat mehrere Ursachen, die über das aktuelle Anliegen, den lukrativen Handel mit Schmuggelgut zu kontrollieren, hinausgehen. So verlangen beide nach einem unabhängigen Staat. Die Nagas kämpfen für ein unabhängiges Nagaland, das aus allen von Nagas bewohnten Regionen Indiens und Burmas bestehen soll. Die Kukis möchten einen eigenen Staat, der sich zum Teil mit den Gebietsansprüchen der Nagas überschneidet.

In Indien sind es 'Kuki National Force' (KNF) und 'Kuki Defence Force' (KDF), die dieser Forderung militärisch Nachdruck verleihen wollen. Die KNA stellt allerdings nach eigenen Angaben keinerlei territoriale Ansprüche an Indien, sondern kämpft für die Unabhängigkeit der in Burma beherrschten Kukis.

Die ursprünglichen Bewohner

und Siedler der Region sind die Nagas, die vor allem in den Bergregionen siedelten. Die Kukis wurden zunächst von den ehemaligen Königen Manipurs, die den hinduistischen Meitis angehörten, später dann wohl auch von den Briten, ermuntert, sich in den Bergregionen Manipurs niederzulassen. Sie sollten ein Gegengewicht gegen die Nagas bilden, die sich immer gegen die 'Fremdherrschaft' der Könige und der Briten aufgelehnt hatten. Heute fühlen sich auch die ehemals nomadisierenden Kukis als ursprüngliche Bewohner der Bergregionen Manipurs, in denen sie nun seit mehreren Jahrhunderten beherrscht sind.

Die Nagas werfen den indischen Streitkräften nicht ganz zu Unrecht vor, die Kukis in ihrem Kampf gegen die Nagas zu unterstützen, um die NSCN zu schwächen. So heißt es in einer den Nagas nahestehenden Zeitung im Juli 1993, den Naga-Streitkräften sei es in einem Gefecht Ende Juni gelungen, im Chandel-Distrikt eine halbe Kompanie des 15. Assam-Regiment zu vernichten. Der Armeekonvoi, dem der Angriff der Nagas geglückt habe, sei von Kuki-Extremisten begleitet worden, die hohe Verluste hätten hinnehmen müssen. "Jede Organisation, jeder Stamm oder jede Rasse, die versucht, die Einheit der Naga-Nation anzugreifen und zu zerstören, wird das gleiche Schicksal erleiden", heißt es im gleichen Artikel.

In Zusammenhang mit den Vorwürfen, Kukis würden von der Armee und der

Regierung unterstützt, sorgten auch Dokumente für Aufsehen, wonach das 'Kuki Federal Council' 100.000 Rupien vom Ministerpräsidenten Manipurs erhalten haben soll. Die Kukis jedoch zeigten sich nach den zahllosen Massakern enttäuscht von der indischen Armee, die ihnen nicht genügend Schutz gewährt habe. Deshalb haben nun auch sie zum ersten Mal Angriffe gegen indische Sicherheitskräfte unternommen.

Es gibt Gerüchte, wonach die KNA der 'Indisch-Burmesischen Revolutionären Front' (IBRF) beigetreten ist, welcher unter anderem auch die ULFA und eine Splittergruppe der NSCN angehören, die vor allem Symbole der indischen Staatsgewalt als Ziele für ihre Anschläge auswählen.

Hier deutet sich an, wie komplex die Situation in Manipur, aber auch im übrigen Nordosten, ist. Einfache Erklärungen, wonach entweder die Nagas oder die Kukis oder die ferne Regierung in Delhi für die aktuelle Lage und das Blutvergießen verantwortlich sind, reichen längst nicht mehr aus. Allein in den Bergregionen Manipurs sind 18 extremistische Gruppen aktiv. Die einen wollen ein unabhängiges sozialistisches Nagaland, die anderen verfolgen das gleiche Ziel für die Kukis und Gruppen wie die 'United Liberation Front' (UNLF) oder die 'Peoples Liberation Army' (PLA) kämpfen für ein von Indien unabhängiges Manipur.

Darüberhinaus verlaufen die Grenzen zwischen den beiden Ethnien der Kukis



Nagas auf der Flucht (Foto: 'India Today')

und Nagas nicht so eindeutig, wie es die indischen Medien und Vertreter der jeweiligen Gruppen der Öffentlichkeit glauben machen wollen. So gibt es zum Beispiel vor allem im Grenzgebiet von Nagaland und Manipur Naga'stämme', die von ihrer Herkunft her eindeutig den Kukis zuzurechnen sind; es gibt Gruppen, die sich selbst als Nagas bezeichnen, von diesen aber als Kukis betrachtet werden und umgekehrt.

Erscheint die politische Situation in Manipur aufgrund dieser ethnischen Vielfalt und Auseinandersetzungen schon kompliziert genug, wird sie seit kurzem noch zusätzlich erschwert durch einen weiteren Konflikt, der im letzten Jahr erstmalig offen ausbrach.

Die Konflikte zwischen Meiti und Pangal

Im Manipurtal, das bisher von inter-ethnischen oder kommunalistischen Kämpfen und Auseinandersetzungen verschont blieb, brachen im Mai 1993 Kämpfe zwischen den hinduistischen Meitis und den muslimischen Pangals aus, die innerhalb von nur drei Tagen

mehr als 100 Todesopfer forderten. Bis zu diesem Zeitpunkt lebten beide Gruppen friedlich miteinander.

Die moslemischen Pangals siedeln seit dem 17. Jahrhundert in Manipur. Ihr Hauptsiedlungsgebiet liegt in der Gegend von Lilong. Durch Heiraten zwischen beiden Gemeinschaften, durch die Übernahme der Sprache der Meiti, ihrer traditionellen Kleidung und die Annahme von Meiti-Familiennamen, integrierten sie sich im Laufe der Zeit in die Meiti-Gesellschaft. Ihre Nähe zu den Meitis zeigt sich auch daran, daß sie 'Meiti-Pangals' genannt werden.

In den 1970-er Jahren stellten sie einen Ministerpräsidenten und auch heute noch sind sie ein wichtiger politischer Faktor im Bundesstaat Manipur. Selbst als das gesamte übrige Indien im Dezember 1992 nach der Zerstörung der Moschee von Ayodhya von kommunalistischen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems erschüttert wurde, blieb Manipur von solchen Vorfällen verschont.

Um so überraschender kamen daher die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen den beiden Gruppen im Mai ver-

gangenen Jahres, die zwar schnell wieder abflauten, bis heute aber tiefe Mißtrauensgräben zwischen ihnen bestehen ließen. Nach offiziellen Angaben, die inzwischen durch ein Untersuchungsteam der Menschenrechtsorganisation 'Peoples Union for Civil Liberties' (PUCL) bestätigt wurden, brachen die Konflikte aus, als ein Waffenhandel zwischen einer Extremistengruppe und einem Pangal-Waffenhändler scheiterte.

Nach diesen Berichten hatten Mitglieder der neugeformten 'Peoples Republican Army' (PRA) in Lilong bei einem Pangal-Waffenhändler Waffen bestellt und diese im Voraus bezahlt. Als dieser die versprochenen Waffen nicht herausgeben und die Anzahlung nicht zurückgeben wollte, versuchten die drei Vertreter der PRA, das Motorrad des Waffenhändlers zu stehlen. Daraufhin wurden sie von dem Händler und dessen Nachbarn brutal zusammengeschlagen. Dieser Vorfall wurde von einer Vielzahl von Meitis beobachtet, die zu dieser Zeit eines ihrer traditionellen Feste feierten. Schnell verbreiteten sich Gerüchte von Übergriffen von Pangals gegen Meitis bis nach Imphal, der zehn Kilometer ent-



Ort im Bundesstaat Manipur nahe der burmesischen Grenze (Foto: 'Frontline')

Vielfalt der Kukivölker

Als einheitliche Bezeichnung für ihr 'Volk' wurde der Begriff 'Kukis' von einer Vielzahl tribaler Gruppen übernommen, die im gesamten indisch-burmesischen Grenzgebiet beheimatet sind. Dazu gehören zum Beispiel die Lusei, die Sukte, Zou, Simte, Thodou, Vaiphei, Paite, Hmar und mindestens elf weitere 'Stämme'. Die 1988 gegründete 'Kuki National Front' (KNF) kämpft für ein unabhängiges Kukiland, das sich zusammensetzen soll aus den Regionen der Sadar-Berge, den Distrikten Chandel, Senapati und Churachandpur, Teilen Tamelongs und Ukhruls in Manipur und einigen Regionen anderer indischer Bundesstaaten wie Nagaland, Assam, Mizoram und dem 'Chin Staat' in Burma sowie Teilen der Region der Chittagong Hill Tracts in Bangladesh. Insgesamt sollen in diesen Gebieten etwa eine Million Kukis leben, so die KNF.

Doch die Kukis sind weit davon entfernt, eine Einheit zu sein oder sich als ein Volk zu verstehen. Infolge der Unabhängigkeitsbestrebungen der Nagas kam es zu einer Spaltung der Kukis, als einige dieser 'Stämme' sich den Nagas anschlossen. Diese Gruppen wurden später zum größten Teil als separate 'Stämme' unter ihrem jeweiligen 'Clan'-Namen in die Liste der 'Scheduled Tribes' (Stammesbevölkerung) aufgenommen, was weiteren Anlaß für Spannungen unter den Kukis gab. Zu diesen 'Clans' gehören unter anderem die Paite, Hmar, Vaiphei, Gangte, Thodou, Simte, Sukte, Zon und Lusei.

Es bestehen erhebliche Differenzen innerhalb der Kukis um die Frage, ob nun ihre Sprache 'Thodou' oder 'Kuki' genannt werden soll. P.N. Lhonvum, ein politischer Führer der Kukis und gegenwärtig Vorsitzender des 'Thodou Stammesrates', bemerkt dazu: "Politisch gelten wir alle als Kukis, doch traditionell, linguistisch und kulturell sind wir Thodous. 'Kuki' ist das Volk (nation), Thodou ist der Stamm. Wir befürworten und unterstützen auch die Einheit der Kukis, doch nicht auf Kosten unseres spezifischen Namens und unserer Sprache." In Assam hat dieser Konflikt zwischen den verschiedenen Kuki-Gruppen im vergangenen Jahr mehr als 30 Todesopfer gefordert, 17 Dörfer wurden niedergebrannt.

fernten Hauptstadt Manipurs. Von Massenvergewaltigungen von Meitifrauen durch Pangals und unmenschliche Grausamkeiten war die Rede, die nach den Untersuchungsergebnissen von PUCL von jugendlichen Unruhestiftern im ganzen Tal verbreitet wurden. Nach offiziellen Angaben kamen bei den nachfolgenden Unruhen 96 Menschen ums Leben, inoffizielle Schätzungen gehen von mindestens 200 Toten aus.

Wenn dieser Ausbruch von Gewalt auch sehr plötzlich erfolgte und für alle überraschend kam, so hatten sich doch in den Monaten zuvor schon Spannungen zwischen den beiden Gemeinschaften aufgebaut. Diese entstanden, als Meitis einen Tempel auf dem Gelände in der Nähe Imphals bauen wollten, das offenbar einmal ein Friedhof der Pangals war.

Während nach Angaben von PUCL die Regierung nichts unternahm, die Verbreitung der Gerüchte und damit die nachfolgende Welle der Gewalt zu verhindern, hat vor allem die 'Revolutionary Peoples Front', der politische Arm der 'Peoples Liberation Army' (PLA), mit ihrem Eingreifen verhindert, daß die gewalttätigen Auseinandersetzungen länger andauerten. Während die von den staatlichen Sicherheitskräften verhängten Ausgangssperren weitestgehend wirkungslos blieben, wurde die von der PLA verhängte Ausgangssperre von dieser mit Nachdruck durchgesetzt. Spannungen zwischen den beiden Gruppen würden ein unabhängiges Manipur, für welches die PLA kämpft, gefährden.

Ebenso schnell, wie die Unruhen ausbrachen, wurden sie nach der Intervention der PLA auch wieder beendet. Politiker aller großen politischen Parteien der indischen Union, die nach Imphal gereist waren, um politisches Kapital aus den Zusammenstößen zwischen Meitis und Pangals zu schlagen und sie als Hindu-Moslem-Konflikte propagandistisch ausschlichten wollten, reisten enttäuscht wieder ab, als sie erkannten, daß die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen mit den kommunalistischen Unruhen im übrigen Indien nicht zu vergleichen waren. Die Meitis, 'Vishnu-Hinduisten', sind bisher von der 'Hindutva'-Ideologie hindu-chauvinistischer Gruppen im übrigen Indien genauso unberührt geblieben wie die Pangals von der Propaganda radikaler Moslemorganisationen. Geschürt wurden sie durch die offenbar gezielte Verbreitung von Gerüchten kleiner lokaler politischer Gruppen, die ihren Einfluß in der politischen Szene Manipurs ausdehnen wollen und dazu die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen versuchen.

Hilflosigkeit der Regierung

Sowohl die Zentralregierung in Delhi, als auch die Landesregierung, stehen der politischen Lage in Manipur recht hilflos gegenüber. Im Januar dieses Jahres hat die Zentralregierung Ministerpräsident Dorendra Singh abgelöst, Manipur unter 'President's Rule' gestellt und General-

leutnant V.K. Nayar als Gouverneur eingesetzt. Wenn Kommentare lokaler Zeitungen dafür ein Indiz sind, ist diese Maßnahme von der Bevölkerung Manipurs begrüßt worden. Mit massiven Militäroperationen wird versucht, die Extremistengruppen aller politischen Lager zu vernichten oder wenigstens bis zu deren Handlungsunfähigkeit zu schwächen. Über 100 Angehörige verschiedenster Untergrundbewegungen sind seit Anfang des Jahres verhaftet worden, unzählige Waffen wurden sichergestellt. Zwischen Kukis und Nagas herrscht zur Zeit eine gespannte Ruhe, die nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ethnien jederzeit erneut ausbrechen können.

Wie trügerisch der angebliche Frieden ist, zeigen einige wenige Zwischenfälle im Februar und März, als zwei Umspannstationen von Extremisten zerstört wurden und sieben Kuki-Frauen angeblich von Nagas ermordet wurden. Solange die Regierung militärische Lösungen dem politischen Dialog vorzieht und vor allem nichts unternimmt, den lukrativen illegalen Handel über die Grenze nach Burma einzuschränken, an dem sicherlich nicht nur die verschiedenen militanten Gruppen profitieren, wird es wohl weiterhin zu blutigen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in der Region kommen.

Theo Ebberts

(Der letzte Teil erscheint in 'Südasiens', 6/94)